Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 6,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kompaktzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 183 | Dresden, Montag den 8. August 1921 | 32. Jahrg.

Die Steuervorlagen der Regierung

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Obersten Rates, der über das Schicksal Oberschlesiens entscheiden soll, hat die deutsche Regierung die Entwürfe von 15 neuen Steuergesetzen veröffentlicht, die alle dem gemeinsamen Zweck dienen, den ungeheuren finanziellen Verpflichtungen des Reiches nach außen nachzukommen. Die Wahl des Zeitpunktes mag durch Zufall oder aus Absicht so erfolgt sein. Wäre das zweite der Fall, so wäre das sicher ein taktisch geschickter Zug: Der Welt vor der großen Entscheidung noch einmal zu zeigen, welche ungeheuren Opfer das deutsche Volk auf sich nimmt, um seinen Ententegläubigern ein zahlungsfähiger Schuldner zu sein.

Das Schicksal der neuen Steuergesetze steht beim Reichstag. Daß sie nicht alle, so wie sie sind, angenommen werden, darf man nach der bisherigen Praxis des Reichstags als gewiß voraussehen. Ob aber etwas Positives zustande kommt, das so gut wie möglich geeignet ist, den Zweck zu erfüllen, das wird in hohem Grade von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Die Steuerberatungen werden in ganz verschiedenen Atmosphären stattfinden, je nachdem im deutschen Volk der Eindruck besteht, daß durch Opfer schließlich doch eine Verbesserung der Gesamtlage zu erreichen ist, oder aber die Ueberzeugung vorwaltet, daß ja doch alles nichts nützt.

Die neuen Vorlagen, die an den Reichsrat gehen, bevor sie dem Reichstag unterbreitet werden, liegen noch nicht in ihrem Wortlaut vor, sondern der Oeffentlichkeit wird ihr Inhalt nur auszugsweise mitgeteilt. Bereits bekannt waren nur das Zuckersteuergesetz, das die Steuer von 15 Pf. auf 1 Mark für das Kilogramm erhöht, das Gesetz über das Branntweinmonopol mit einer Verfünffachung der Einnahme, und das Zündstoffgesetz. Es folgen Vervierfachung der Leuchtmittelsteuer, Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer, Vervierfachung der Biersteuer, Aufhebung der Ermäßigung der Tabaksteuer, höhere Zölle auf Kaffee, Tee, Schokolade, Erhöhung der Kohlensteuer auf 25 später 30 Prozent, **Verdoppelung der Umsatzsteuer. All dies sind Steuern, die den Verbrauch treffen und die Lebenshaltung, die durch die Brotverteuerung verteuert wird, abermals verteuern.**

Viel ausführlicher als diese Verbrauchssteuern werden in der Veröffentlichung der Regierung die Steuern auf den Besitz behandelt. Der Raum, der ihnen gewidmet ist, beweist freilich nichts für die Bedeutung, die ihnen in der Gesamtheit der Steuervorlagen zukommt. Schätzungen der zu erwartenden Erträge fehlen in beiden Fällen, so daß es unmöglich ist, die Erträge der Verbrauchssteuern mit jenen der Besitzsteuern zu vergleichen.

Daß die Körperschaftssteuer bei den Erwerbsgesellschaften auf 30 Prozent von bisher 10 Prozent erhöht werden soll, war auch schon bekannt. Man hat an dieser Steuer vielfach berechtigte Kritik geübt, weil sie die an Schachtelgesellschaften abgeschobenen Gewinne nicht richtig erfaßt. Die Veröffentlichung der Regierung kündigt an, daß die bisherigen steuerlichen Begünstigungen dieser Schachtelgesellschaften abgeschwächt werden sollen. Auf der andern Seite soll das Einkommen des Dividendenempfängers milder besteuert werden, um mit der schärferen Erfassung an der Quelle einen Ausgleich zu schaffen. Solange man nicht weiß, in welcher Art den Schachtelgesellschaften ihre bisherigen Vergünstigungen gesperrt werden sollen und wie weit nicht am Ende durch die Begünstigung des Dividendeneinkommens der Wert der Erhöhung der Körperschaftssteuer wieder ausgeglichen wird, wird es kaum möglich sein, zu einem abschließenden Urteil über diesen Gesetzentwurf zu gelangen.

Dasselbe gilt von der angekündigten vollständigen Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes, bei der Wetten, Versicherungen, Kraftfahrzeuge, Neugründung von Gesellschaften und Börsengeschäfte in neuer Weise erfaßt werden sollen.

Die größte Bedeutung kommt der Veränderung des Reichsnotopfers zu. Die bisher nach dem Gesetz über seine beschleunigte Einziehung fälligen Raten sollen eingezogen werden, dann aber soll das Reichsnotopfer in eine Vermögenssteuer übergeführt werden, die in den ersten Jahren für physische Personen 3,5 bis 4 Prozent, für nichtphysische 2 bis 2½ Prozent betragen soll. Hierbei wird dem bekannten vom Reichswirtschaftsministerium propagierten Gedanken Rechnung getragen, daß das bisherige Steuersystem die Besitzer von Sachwerten gegenüber den Besitzern von bloßen Papierwerten in ganz ungerechter Weise geschont hat. Es wird angekündigt, daß diese Sachwerte auf Grund von neuen aller drei Jahre zu wiederholenden Veranlagungen ihrem wirklichen Wert entsprechend besteuert werden sollen.

Ferner soll der Vermögenszuwachs im allgemeinen mit 1 bis 10 Prozent, der Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit mit 5 bis 30 Prozent besteuert werden. Schließlich folgt der vielsagende Satz: „Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderm Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts."

Damit wird auf die Tatsache angespielt, daß das Projekt einer festen Beteiligung des Reichs an der Substanz und an den Erträgen der Sachwerte zur Zeit einer Prüfung durch einen besonderen Unterausschuß unterliegt. Dieses Projekt hat bekanntlich in allen Kreisen, **die die Interessen des Besitzes vertreten, einen gewaltigen Sturm hervorgerufen. Durch die nicht zu unterschätzenden technischen Schwierigkeiten der Ausführung wurde die Stellung der Opposition wesentlich begünstigt.** Es besteht aber auf der andern Seite die Gefahr, daß auch die verschärften Bestimmungen über die Besitzsteuern nur einen neuen Anreiz zur Umgehung der Gesetze bilden werden. Die Reichsbeteiligung würde diese Gefahr bei Unternehmungen, die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, von vornherein ausschalten, bei andern wie bei den landwirtschaftlichen Gütern zum mindesten verringern. Die Reichsbeteiligung hat ferner den ungeheuren Vorteil, daß sie das Reich nicht bloß zum Nutznießer nicht immer leicht feststellbarer Erträge, sondern zum Miteigentümer an den Ertragsquellen selbst macht.

Was von diesem Projekt in den Beratungen des Kabinetts übrigbleiben wird, läßt sich schwer voraussagen. Auf keinen Fall wird es von der Sozialdemokratie ohne weiteres preisgegeben werden. Die Steuerreform legt der Masse des Volkes ungeheure Lasten auf, es ist Pflicht, dafür zu sorgen, daß sich der Besitz den Steuern nicht durch neue Winkelzüge entzieht.

Die Zusammenkunft in Paris

Paris, 8. August. Lloyd George und Lord Curzon sind Sonntag abend um 7 Uhr in einem Salonwagen mit dem fahrplanmäßigen Expreßzuge, von Calais kommend, auf dem Pariser Nordbahnhofe eingetroffen. Die Begrüßung zwischen Briand und Lloyd George war äußerst herzlich. Briand wird noch am Abend mit Lloyd George eine persönliche Unterredung haben.

Der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Marquis della Toretta ist gleichfalls gestern abend in Paris eingetroffen. Der italienische Ministerpräsident Bonomi wird erst heute kurz vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates eintreffen. Er und die Minister Rava und Soleri sind gestern abend nach Paris abgereist.

Der amerikanische Botschafter in London Oberst Harvey, der als offiziöser Vertreter der Vereinigten Staaten an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen wird, ist Sonnabend in Paris eingetroffen. Der japanische Delegierte Hayashi ist gleichzeitig mit Lloyd George und Lord Curzon in Paris angekommen. Die belgischen Delegierten, Außenminister Jaspar und Finanzminister Theunis, werden am Dienstag in Paris erwartet.

General Allen, der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein, ist in Paris eingetroffen, um mit dem Botschafter Harvey über die Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen zu beraten.

•

Das Programm

Paris, 7. August. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der

Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien, der

Zuteilung des Abstimmungsgebiets die Frage der

Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein,

die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten, die Frage der

Herstellung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland,

die Orientfrage, die Frage der

Hilfe für Rußland und jedenfalls auch

die finanzielle Lage Oesterreichs.

Für die Dauer der Konferenz sind acht bis zehn Tage vorgesehen.

•

Kontrolle des deutschen Flugzeugebaus

Paris, 8. August. Pertinax teilt im Echo de Paris mit, Marschall Foch und die Militärkommission von Versailles hätten einen Plan ausgearbeitet, um Deutschland daran zu hindern, sein Handelsluftschiffmaterial in Kriegsluftfahrzeuge umzuwandeln, und eine Kontrollorganisation zu schaffen, die nach Beendigung der Tätigkeit der Entwaffnungskommissionen aufrechterhalten werden soll. Vor zwei Monaten weigerte sich die englische Regierung, diesem Plane ihre Zustimmung zu geben, und erklärte, nach Artikel 213 des Friedensvertrages sei der Völkerbund allein berechtigt, eine solche Ueberwachung auszuüben. Auch der Botschafterrat konnte den Konflikt nicht lösen. Die Angelegenheit wurde an den Obersten Rat weitergegeben.

Die Ratlosigkeit der Sachverständigen

Paris, 8. August. Wie Havas mitteilt, haben die alliierten Sachverständigen, die mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage betraut waren, gestern den Bericht an den Obersten Rat beendet, in dem das Ergebnis ihrer Arbeiten niedergelegt ist. Der Bericht enthält Punkte, über die eine Einigung erzielt wurde, und Punkte, die Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Der Sachverständigenausschuß überläßt dem Obersten Rat die endgültige Entscheidung über Oberschlesien.

(Siehe auch 2. Seite)

Parteileitung und Programmentwurf

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms hat in der Parteipresse eine fast durchweg ungünstige Aufnahme gefunden. Die Geständnisse einzelner Kommissionsmitglieder, daß der Entwurf noch nicht richtig fertig ist (Quarck im Vorwärts, Cunow in der N. Z.), kann das allgemeine Urteil nicht verbessern. Und der inzwischen erschienene Kommentar (Vorwärts-Verlag), in dem die einzelnen Abschnitte des Entwurfs begründet und erläutert werden, ist zwar eine interessante Arbeit, die manches Mißverständnis aufzuklären sucht, kann aber nichts an der Tatsache ändern, daß ein Programm ohne Kommentar bestehen können muß und auch der Kommentar die schlimmsten Unklarheiten und Halbheiten des Entwurfs nicht behebt.

Die Diskussion wird also weiter gehen und hat auch schon die Frage geboren, wie weit der Parteivorstand für die Herausgabe des unfertigen Monstrums verantwortlich ist. Dazu schreibt jetzt Genosse Stampfer in seiner Korrespondenz:

> Indes will die Programmkommission zu Anfang September noch einmal zusammenkommen, um den Entwurf zu beraten, und auf Besserung zu hoffen. Die Möglichkeit, daß sie schließlich doch dem Parteitag eine brauchbare Unterlage für seine Programmarbeit bieten könnte, ist also nicht ausgeschlossen, nur müßten diese Unterlagen freilich ganz anders aussehen, als der zu früh veröffentlichte [illegible].

> Dieses nun aber zu schelten, wie es der sächsische Wirtschaftsminister, Genosse Fellisch, in der neuesten Nummer der Glocke tut, war wohl kaum noch nötig. Einem [illegible] Mißverständnis unterliegt aber Genosse Fellisch, wenn er schreibt:

>> Es wäre falsch, für dieses Monstrum eines Parteiprogramms die Programmkommission verantwortlich zu machen; denn diese ist selbstverständlich nur ein Arbeits- und Hilfsorgan des Parteivorstandes zur [illegible] Lösung einer großen und wichtigen Aufgabe. Verantwortlich für den Entwurf als ganzes ist der Parteivorstand. Daß dieser es über sich brachte, ein solches Programm herauszugeben, muß eigentlich die Parteigenossen veranlassen, einmal darüber nachzudenken, ob denn der heutige Parteivorstand seine Aufgabe richtig erkannt hat, ob man ihm die Führung der Partei weiter ohne strengste Kritik anvertrauen kann.

> Genosse Fellisch befindet sich über die Rolle, die der Parteivorstand betr. dieser Angelegenheit gespielt hat, im Irrtum. Der Parteitag in Kassel hat nicht den Parteivorstand, sondern eine besondere Programmkommission mit der Aufstellung des Entwurfes beauftragt. Diesem Ausschuß war es anheimgestellt, sich durch Kooptation zu ergänzen, was er auch in weitgehendem Maße getan hat. Er hat dann ganz selbständig weiter gearbeitet, und das Ergebnis seiner Arbeiten ist sodann der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Hätte der Parteivorstand anders gehandelt, hätte er sich, noch ehe die Parteipresse und der Parteitag zur Kommissionsarbeit Stellung nehmen konnten, eine Zensur über diese angemaßt, so hätten vielleicht wieder andre Kritiker von einer [illegible] Tyrannei des Parteivorstandes gesprochen.

> Es liegt außerdem auf der Hand, daß der Parteivorstand nicht das berufene Organ ist, der Partei ein neues Programm zu geben. Der Parteivorstand ist die oberste Verwaltungsbehörde der Partei und, innerhalb des Rahmens, den die selbständige Tätigkeit der Fraktionen offen läßt, Leiter der praktischen Parteipolitik. Zur Lösung dieser Aufgaben sind ganz andre Kräfte erforderlich, als zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms, das die Theorie des Sozialismus mit den wissenschaftlichen Forderungen und den praktischen Erfahrungen der letzten 30 Jahre in Uebereinstimmung bringen soll. Diese Arbeit den Theoretikern zu überlassen, war zweifellos richtig. Aber praktisch hat die Programmkommission an einer Ueberfülle der Köpfe, an einer Ueberspezialisierung gelitten, so daß man wohl sagen kann, daß man vor lauter Theoretikern die Theorie nicht mehr erblickt.

Mit diesem letzten Satz hat Genosse Stampfer die eine anfechtbare Seite des Entwurfs richtig charakterisiert, mit seiner Auffassung von den Aufgaben des Parteivorstandes trifft er hingegen daneben. Meint er etwa, daß eine vom Parteitag eingesetzte Arbeitsgemeinschaft im Namen der Partei irgendwelche Veröffentlichungen hinausgeben darf, oder ist der Parteivorstand das Kontroll- und Aufsichtsorgan für solche immerhin nicht ganz unwichtige Angelegenheiten, wie es die Veröffentlichung eines Parteiprogramms ist? Der Parteivorstand hätte eben den unfertigen Entwurf glatt zurückweisen müssen. Und wenn St. meint, daß im Parteivorstand nicht die nötige theoretische Stärke und Urteilsfähigkeit für solche Aufgaben herrscht, so beweist das nur, wie dringend eine Verbesserung unserer obersten Parteileitung in dieser Richtung zu wünschen ist. Die Parteigenossen haben das Recht und die Pflicht, von der obersten Leitung das Höchste an praktischer Erfahrung, politischem Führertum und theoretischer Kraft und Klarheit zu fordern.

Im übrigen dürfte Stampfers Parteivorstandsansicht gerade in der Programmkommission auf Widerspruch stoßen. So schreibt einer der Programmväter, Genosse Cunow, in der Neuen Zeit:

> Die Schuld liegt beim Parteivorstand und besteht darin, daß er den Kommentar nicht zugleich mit dem Programmentwurf der Oeffentlichkeit übergeben hat. Freilich befand auch er sich in einer gewissen Zwangslage.

> Aber mögen die Motive der plötzlichen Veröffentlichung des Programmentwurfs auch die besten gewesen sein, nach meiner Ansicht war es ein Fehler, den Kommentar nicht gleich mitzuveröffentlichen; und ein noch größerer Fehler war es, den Entwurf in dieser Fassung hinausgehen zu lassen.

> Der Parteivorstand hätte ruhig noch drei, vier, fünf Wochen mit der Versendung an die Parteipresse warten und dann ohne Beschönigung erklären sollen: „Infolge mißlicher Umstände kommt der Entwurf zu spät heraus für eine gründliche Diskussion in unsrer Presse; aber da der Görlitzer Parteitag doch voraussichtlich eine Kommission zur Durchberatung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210808/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG